

Toni Offermann

Die frühe Arbeiterbewegung und die Revolution von 1848*

Dr. Toni Offermann, geb. 1950 in Kommern/Rheinl., Studium, der Geschichte und der Katholischen Theologie in Bonn und Bochum, ist Studienrat am Stadt. Gymnasium in Schleiden. Veröffentlichungen zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der liberalen Parteiengeschichte sowie zur rheinischen Landeskunde. Zur Zeit Arbeit an einer Edition zur Organisation und Sozialstruktur der lassalleanischen Arbeiterbewegung 1863 bis 1871.

Das Jahr 1848 markiert in vielerlei Hinsicht eine Zäsur in der deutschen Geschichte, was angesichts einer Revolution nicht verwundert; es stellt sicherlich einen Meilenstein in der Entwicklung der deutschen Parteiengeschichte dar, und unstreitig vollzog sich im Gefolge der Märzereignisse erstmals die organisatorische Konstituierung einer breiten, legalen deutschen Arbeiterbewegung. Die von ihr in den Jahren 1848 bis 1850 in aller Öffentlichkeit diskutierten und beschlossenen sozialen, politischen und organisatorischen Konzepte waren nicht nur wegweisend für die deutsche Arbeiterbewegung der folgenden Jahrzehnte, sie beinhalteten zugleich Elemente einer sozialen Demokratie, die erst nach der Jahrhundertwende in Deutschland realisiert werden konnten.

Die moderne deutsche Arbeiterbewegung entstand im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die Auflösung der jahrhundertalten Arbeits- und Sozialverfassung: Der Zerfall der traditionellen Produktionsform des Handwerks, insbesondere die durch die Einführung der Gewerbefreiheit vor allem in Preußen verursachte Auflösung des traditionellen Zunftsystems, die eine Übersetzung der traditionellen Massenhandwerke und die Durchsetzung kapitalistischen Wirtschaftsdenkens zur Folge hatte, der sich ausbreitende Frühkapitalismus (Verlagssystem, Manufaktur) sowie die beginnende Industrialisierung brachten einerseits den neuen Typ des industriellen Lohnarbeiters hervor, andererseits eine Masse von Gesellen, die nicht mehr mit einer selbständigen Existenz als Meister rechnen konnten. Aus dem Bündel sich z.T. gegenseitig bedingender Ursachen seien weiterhin hervorgehoben: das seit Jahrhundertbeginn beschleunigte Bevölkerungswachstum, die Entstehung einer breiten ländlichen Unterschicht als Folge der preußischen Bauernbefreiung und damit die Freisetzung einer Masse von Arbeitskräften, die im traditionellen Gewerbe nicht mehr zu beschäftigen war, und die besonders in den deutschen Leitsektoren Textilindustrie

* Gedruckte Quellen zum Thema: Horst Schlechte (Hrsg.): Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung 1848-1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig, Weimar 1979; Dieter Dowe/Toni Offermann (Hrsg.): Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848-1852. Protokolle und Materialien, Berlin-Bonn 1983. Die wichtigsten Zeitungen der Arbeiterbewegung (Volk. Verbrüderung) liegen als Reprints vor. Literatur: Frolinde Baiser: Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution, Stuttgart 1965 2. A.; Hermann von Berg: Entstehung und Tätigkeit der Norddeutschen Arbeitervereinigung als Regionalorganisation der Deutschen Arbeiterverbrüderung nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/49, Bonn 1981; Franziska Rogger: „Wir helfen uns selbst!“ Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns - Borns Leben. Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren, Erlangen 1986; Toni Offermann: Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum 1850-1863, Berlin-Bonn 1979; Ders.: Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49-1860/64, in: Geschichte und Gesellschaft 13, 1987, H. 4, S. 419-447; Beatrix W. Bouvier: Zur Tradition von 1848 im Sozialismus, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1169-1200.

bzw. Eisenbahnbau einsetzende Mechanisierung. Mit dem Zerschlagen der alten gewerblichen Arbeits- und Sozialformen bildete sich zunehmend der Gegensatz von Kapital und Arbeit heraus, der unter den Handwerkern, Gesellen, Facharbeitern und ungelerten Lohnarbeitern als einer sozial, herkunftsmäßig, beruflich und religiös gespaltenen Arbeiterschaft jedoch nur langsam auch so verstanden wurde. Die katastrophalen sozialen Begleiterscheinungen des Industriekapitalismus sowie die entsprechenden Auswirkungen auf das zerfallende traditionelle Handwerk führten nicht nur zu spontanen Protestaktionen, sondern sie zwangen die Betroffenen auch zu einer grundsätzlichen Reflexion der „Arbeiterfrage“, d.h. ihres rechtlosen, sozial völlig ungeschützten und abhängigen Lohnarbeiterdaseins, und zur Organisation von Schutzmaßnahmen, wobei sie teilweise an Einrichtungen und Praktiken der alten Gesellenbewegung anknüpfen konnten (Unterstützungskassen für Krankheit, Tod und Wandern). Solche Aktivitäten stellten zum Teil Abwehrversuche gegen die Folgen der Industrialisierung dar (Entwertung der beruflichen Qualifikation, sozialer Statusverlust im Handwerk - „Maschinenstürmerei“), teilweise akzeptierte man die industrielle Entwicklung als unausweichlich und suchte nach Wegen einer sozialverträglichen Lösung der Grundprobleme Arbeitsplatzsituation, Lohnhöhe, Arbeitszeit, Wohnung.

Träger der frühen elementaren Arbeiterbewegung waren Handwerksgelegen, handwerklich ausgebildete (sozialisierte) Facharbeiter, Kleinmeister, weniger die Masse der traditionslosen angelernten, meist vom Lande stammenden Fabrikarbeiter, deren Zahl auch in der Revolutionszeit insgesamt noch recht unbedeutend war und sich zudem der bürgerlichen Verachtung preisgegeben sah.

Charakteristisch und zukunftsweisend für die „moderne“ Arbeiterbewegung waren jedoch zum einen Überlegungen, die vorherrschende Produktionsweise nicht nur in ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen und ansonsten in ihrer Grundgegebenheit als gottgewollt anzunehmen, sondern diese prinzipiell aufzuheben bzw. durch alternative Formen zu ersetzen, und zum ändern Versuche, in diesem Zusammenhang die berufsständischen Grenzen, die im wesentlichen vom traditionellen Handwerk gezogen wurden, organisatorisch und ideologisch zu überwinden.

Anfänge der Arbeiterbewegung im Vormärz

Grundsätzlich verboten alle Staaten des Deutschen Bundes jede Form der politischen Organisation und des Arbeitskampfes. Die Bedingungen des frühindustriellen Kapitalismus erforderten nach der Auflösung der traditionellen Zunftorganisation neue Formen: man „fand“ sie in Gestalt des der bürgerlichen Organisationskultur entnommenen Form des „Vereins“ sowie, im wesentlichen im Ausland, in der Form des Geheimbundes (Club). Wegen der erwähnten restriktiven Vereinsgesetzgebung konnten in den Ländern des Deutschen Bundes zu Beginn der 1840er Jahre mit tatkräftiger Unterstützung seitens des liberalen Bürgertums nur wenige Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine begründet werden, die sich, teils noch berufsständisch gegliedert, vor allem den Zielen Geselligkeit (Turnen, Singen, Theater, Feste), Bildung (elementare, berufliche, staatsbürgerlich-politische Fortbildung) sowie gegenseitiger Unterstützung verschrieben (Berlin, Hamburg, Hannover, Magdeburg, Bremen usw.). Die eigentliche Wiege der organisierten politischen Arbeiterbewegung lag jedoch im liberaleren Ausland (Schweiz, Frankreich, England), wo sich seit den 1830er Jahren wandernde Handwerksgelegen über Berufsgrenzen hinweg in geheimen wie in legalen Vereinen mit emigrierten deutschen Demokraten trafen und so radikaldemokratische, (früh-)sozialistische und kommunistische Ideen kennenlernten. Hier entstand und verbreitete sich der Handwerkskommunismus eines Wilhelm Weitling, hier formierten sich politische Geheimbünde wie der Bund der Gerechten bzw. Geächteten, aus dem 1847 der Bund der Kommunisten unter Karl Marx hervorgehen sollte.

Im Vormärz entstanden so zwei die deutsche Arbeiterbewegung der Folgezeit wesentlich prägende Merkmale: die Organisationsformen Geheimbund und Verein sowie der sog. Assoziationssozialismus. Zu ihm rechnete man alle Ideen, die Lohnarbeit als Produkt des Gegensatzes Kapital-Arbeit sowie deren Folgen grundsätzlich, gleichsam von innen her, durch den assoziativen (genossenschaftlichen) Zusammenschluß der lohnabhängig Beschäftigten zu überwinden, d.h. durch Produktivassoziationen, aber auch durch genossenschaftliche Kassen zur Bekämpfung der brennenden sozialen Probleme (Sicherung gegen Invalidität, Krankheit, Alter, Todesfolgen für Hinterbliebene; Wanderunterstützungskassen). Diese Vereinigungen - in erster Linie die eigenständig verwalteten Selbsthilfe-Kassen - kann man als frühgewerkschaftliche bezeichnen. Als Selbsthilfeeinrichtungen konzipiert, schlossen sie die Hilfe eines (künftigen) demokratischen Staates keineswegs aus.

Der Verein - die Organisationsform der Arbeiterbewegung

Zumindest bis in die 1860er Jahre bestimmend für die organisierte elementare deutsche Arbeiterbewegung sollte die Form des Vereins werden. Dieser brach mit der berufsständischen Beschränktheit der zünftlerischen Gesellenbruderschaften: Im Verein fanden sich Kleinmeister und Lohnabhängige aller Berufszweige zusammen, auch gelernte und ungelernte. Zum bewußten Ausdruck des hier entdeckten bzw. praktizierten Gemeinschaftsgefühls wurde die Kollektivbezeichnung „Arbeiter“, in dem sich das Bewußtsein einer gemeinsamen Lage und gemeinsamer Interessen aller Lohnarbeitenden ausdrückte. Andererseits stellt der Verein - und dies erklärt auch die erbitterte Verfolgung durch die Behörden der absolutistischen bzw. scheinkonstitutionellen Staaten - eine Republik im kleinen dar: Hier wurde egalitäre Demokratie praktiziert durch die Gewaltenteilung in den Ämtern (Präsident, Kassierer, Ordner usw.; in der lassalleanischen Arbeiterbewegung der 1860/70er Jahre spricht man sogar von „Vereinsbeamten“), durch die „Urwahl“ aller Funktionen seitens der Mitglieder auf den Generalversammlungen, wo sich zudem die Amtsinhaber in Form einer Rechenschaftslegung verantworten mußten. All dies regelte die Vereinssatzung, die - gelegentlich sogar „Verfassung“ genannt - die Aufgabe hatte, demokratische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeduren zu garantieren und die Mitglieder zu einer „parlamentarischen Verhaltensweise“ zu erziehen. Die Organisationsform „Verein“ war also eine Schule der Demokratie.

Arbeiter und ihre Organisationen in der Revolution 1848/49

Die Märzrevolution von 1848, in ihren revolutionären Aktionen und Protesten wesentlich getragen von Handwerkern und Arbeitern, gab all diesen Bestrebungen eine völlig neue Plattform und Bewegungsfreiheit: Auf Grund des errungenen freien Vereins- und Versammlungsrechts konnte jetzt eine breite legale, zudem regional wie national koordinierte Arbeitervereinsbewegung entstehen, die im Verlauf der Jahre 1848 bis 1850 in Gestalt eines differenziert verlaufenden Lernprozesses gemeinsame programmatische Grundüberzeugungen hinsichtlich ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Ziele entwickelte. Nachweisbar sind insgesamt über 330 Orte mit allgemeinen Arbeiter(bildungs)-, Handwerker- oder Gesellenvereinen, die der elementaren Arbeiterbewegung zuzurechnen sind. Ausgangspunkt war das Bewußtsein, daß die Arbeiter nur aus eigener Kraft, in der solidarischen Vereinigung, die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage wie ihrer sozialen Stellung erreichen könnten, daß sie sich also organisatorisch verselbständigen mußten. Erste Priorität besaß demnach die Organisierung der Arbeiter. In den Vereinigungen sollten sich die Arbeiter über die „Arbeiterfrage“ klar werden, also den Standes- bzw. Klassenaspekt der diversen sozialen und ökonomischen Probleme, vor allem der gewerblichen und industriellen Verfassung, erörtern und dabei sozial-politische Alternativen und Lösungsmodelle

entwickeln. Aber auch politische Themen fanden starke Beachtung (Wahlrecht). Die Vereine waren intern noch stark berufsmäßig differenziert; die Masse ihrer Mitglieder entstammte dem handwerklichen Milieu (einschließlich der Facharbeiter), doch bildeten sich auch Vereine, in denen verlegte Weber, Bergarbeiter, Hüttenarbeiter oder „Fabrikarbeiter“ dominierten. Das eigentliche Fabrikproletariat blieb jedoch weiterhin recht unbedeutend.

Die Begründung einer bundesweiten Dachorganisation der allgemeinen Arbeitervereine war, ungeachtet anderer lokaler Initiativen und Aufrufe, das Verdienst eines im April 1848 in Berlin begründeten Zentralkomitees unter Stephan Born. Es veranstaltete im August/September einen Arbeiterkongreß, der die deutsche Arbeiterverbrüderung begründete, eine föderative Dachorganisation von Arbeitervereinen verschiedenster sozialpolitischer Ausrichtungen. Sie war die erste legale, innerdeutsche Massenorganisation der deutschen Arbeiter, allerdings noch keine „Partei“ im modernen Sinn, da sie keine direkte Weisungskompetenz der gewählten Leitungsorgane vorsah, ebenfalls keine Kandidatur bei Parlamentswahlen und auch keine Beteiligung an einer Parlaments- bzw. Regierungsarbeit anstrebte. Im zeitgenössischen Sinne kann sie jedoch durchaus als „Gesinnungspartei“ bezeichnet werden.

Geleitet wurde die Arbeiterverbrüderung durch ein Zentralkomitee (ZK) mit Sitz in Leipzig. Über eine eigene Zeitung („Verbrüderung“), einen ausgedehnten Briefwechsel mit den ins Leben gerufenen Bezirks- bzw. lokalen Arbeitervereinen, über Agitationsreisen der ZK-Mitglieder durch die deutschen Staaten und die Beteiligung an regionalen Arbeiterkongressen suchte das ZK organisatorisch und ideologisch auf die Vereine koordinierend und lenkend einzuwirken. Das ZK besaß zwischen 1848 und 1850 direkte organisatorische Kontakte zu Bezirks- und Lokalvereinen in über 100 Orten in Deutschland. Die Arbeiterverbrüderung erfaßte somit ca. 18–20000 Vereinsmitglieder, und insgesamt kann man über 200 Orte mit Arbeitervereinen ermitteln, die irgendeine direkte oder indirekte Verbindung mit der Arbeiterverbrüderung besessen haben. Regionale Schwerpunkte waren Sachsen, Preußen, Württemberg, Bayern und Hannover.

Politische Vorstellungen der elementaren Arbeiterbewegung

Für die der Arbeiterverbrüderung angeschlossenen Vereine bestand eine untrennbare Verbindung zwischen der demokratischen Regierungsform und der Durchführung der sozialen Reform, wobei die politische Reform der sozialen logisch voranzugehen hatte. Als Grundvoraussetzung für die soziale und politische Emanzipation der Arbeiterschaft galt die Sicherung und der Ausbau der Märzerrungenschaften, die man anfangs durch die bürgerliche Demokratie gewährleistet sah, deren Vereinen man teils zahlreich beitrug (Doppelmitgliedschaften) bzw. in Form einer Arbeitsteilung die Verfolgung der allgemeinen politischen Ziele überließ. Die großen Hoffnungen, die man diesbezüglich auf die Paulskirche setzte, schlugen sich in zahlreichen Petitionen und Manifesten nieder. Die ab Spätsommer 1848 einsetzende starke Ernüchterung hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Verfassungswerkes, des sozialpolitischen Engagements des linken Bürgertums wie der Machtverschiebung in Deutschland führten zu einer allgemeinen Politisierung der Arbeitervereine, an deren Ende eine starke personelle Beteiligung an den Reichsverfassungskämpfen vom Frühjahr 1849 stand. Deren Scheitern führte zu einer Neuorientierung der Arbeitervereine, die sich - wie die Zentralorganisationen - nunmehr auf ihre elementaren und praktischen sozialen Bestrebungen konzentrierten. Dennoch gerieten die Arbeiterverbrüderung wie auch die einzelnen Berufsorganisationen spätestens ab Frühjahr 1850 als Filialorganisationen der bürgerlichen Demokratie - nicht als soziale Bewegung - ins Visier der wiedererstarkenden monarchistischen Behörden.

Sozialpolitische Vorstellungen der Arbeiterverbrüderung

Die Arbeiterverbrüderung verkörperte, wenn man so will, die Einheit der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Ihre sozialpolitische Zielsetzung kann man mit dem Schlagwort der Organisation der Arbeit umschreiben, das ist der sog. Assoziationssozialismus, der stark der Sphäre handwerklicher Produktion verhaftet war und auf die genossenschaftliche Herstellung kollektiver Selbständigkeit abzielte. Teilweise innerhalb der Verbrüderung klar ausgesprochen, teils in den Diskussionsbeiträgen und Forderungen nur tendenziell enthalten war das Endziel einer alternativen Gesellschaftsordnung und „socialen Demokratie“, wie es bereits zeitgenössisch hieß. Auf mehreren Regional- und Nationalkongressen entwarfen die angeschlossenen Vereine ein konkretes sozialpolitisches Programm, basierend auf dem Grundwert der Solidarität. So erstrebte man die Herstellung eines Netzes von Kranken-, Invaliden- und Sterbekassen. Daneben richtete man überall Wanderunterstützungskassen auf Gegenseitigkeit ein, ein weiterer Beleg für die handwerkliche Struktur der Vereinsmitglieder. Andere, teils recht zukunftsweisende Forderungen widmeten sich einer allgemeinen Arbeitsvermittlung, der Einrichtung von paritätischen Kommissionen zur Regelung der Lohnfrage (Tarifverträge) und Arbeitsbedingungen (IQ-Stunden-Tag, Koalitionsfreiheit). Man forderte die Errichtung eines Arbeitsministeriums, den Ausbau der Gewerbefreiheit, den Ersatz der indirekten Steuern durch eine progressive Einkommenssteuer und kostenlosen Schulunterricht. Geplant und teilweise auch realisiert wurden Produktiv- und Einkaufssoziationen (Konsumvereine). Schließlich praktizierten die angeschlossenen Vereine ein vielfältiges Fortbildungsangebot (Unterricht, Vorträge), dazu Geselligkeit sowie kulturelle Veranstaltungen. In diesem Katalog finden sich Aktivitäten der alten Gesellenbruderschaften, daneben Aufgaben der späteren Gewerkschaften.

Der Bund der Kommunisten

Die bisher überwiegend im Ausland lebenden Mitglieder des Bundes der Kommunisten suchten beim Ausbruch der Revolution auf dem linken Flügel der Demokratie die Revolution voranzutreiben und engagierten sich, oft in führenden Positionen, in der elementaren Arbeiterbewegung. In der Regel rückten sie in ihren theoretischen Beiträgen vom Gegensatz Lohnarbeit und Kapital in den Mittelpunkt. Es fehlte den einzelnen Mitgliedern und Sympathisanten jedoch häufig, gemessen am Inhalt des „Kommunistischen Manifests“, an ideologischer Geschlossenheit und an einem festen organisatorischen Zusammenhalt; zudem erforderten das Niveau der Arbeitervereinsmitglieder sowie die äußeren Umstände ein pragmatisches Einlassen auf die Realitäten, denen sich rasch auch das Denken einzelner Bundesmitglieder anpaßte. Bund der Kommunisten und Arbeiterverbrüderung markieren von 1848 bis 1850 jenen Dualismus von sozialer Revolution und sozialer Reform, der ab den 1860er Jahren eine zentrale Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung spielen sollte und sich 1863 in der doppelten organisatorischen Neukonstituierung von Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein (ADAV) und Vereinstag deutscher Arbeitervereine (VDAV) erneuerte.

Entstehung „gewerkschaftlicher“ Zentralverbände

Neben den allgemeinen Arbeitervereinen entstanden 1848 auch zahlreiche branchengebundene Vereine, die sich konkreten berufsständischen Problemen widmeten (Lage des Gewerbes, Ausbildung, Löhne, Arbeitsplatzsituation etc.) und entsprechend dem Zeitrend ebenfalls einen Zusammenschluß auf nationaler Ebene in Gestalt von Berufsorganisationen anstrebten. Dauerhaft und auf nationaler Ebene gelang dies jedoch nur den Buchdruckern und den Zigarrenarbeitern. Beispielsweise entstanden bis 1850 in mindestens 145 Orten Zigarrenarbeitervereine. Im September 1848 wurde die Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands mit maximal 1500 Mitgliedern

begründet, die sich - wie der bereits im August entstandene Gutenberg-Bund - eng an die Arbeiterverbrüderung anschloß, denn alle Arbeiterorganisationen reflektierten nicht nur die tagespolitischen Ereignisse, sondern waren sich auch der politischen Bedeutung ihrer Forderungen bewußt, liefen ihre Vorstellungen doch, bezogen auf die vormärzlichen Verhältnisse, tendenziell auf eine Überwindung der politischen und sozioökonomischen Ordnung hinaus

Beide Verbände entwickelten Tarifvorstellungen, über die es bei den Buchdruckern bald zu Streiks kam, und gründeten vor allem Unterstützungskassen sowie einige Produktivgenossenschaften, die teils auch für Arbeitskämpfe genutzt werden konnten. Diese frühgewerkschaftlichen Zusammenschlüsse waren daher keine Arbeitskampforganisationen, sondern wurzelten, ähnlich den allgemeinen Arbeitervereinen, in dem Bestreben, angesichts der fortschreitenden Industrialisierung berufsständische Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren, praktische Hilfsmaßnahmen einzuleiten sowie Forderungen gegenüber Arbeitgebern oder Regierungen anzumelden. Doch strebte man, allen Überlegungen und Versuchen der Begründung von Produktionsgenossenschaften/Assoziationsfabriken zum Trotz, eine Verständigung mit den Arbeitgebern an. Die frühen nationalen Gewerkschaften der Zigarrenarbeiter und Buchdrucker überlebten teilweise die Reaktionszeit in der Form reiner Unterstützungskassen, so daß die Neuanfänge - Allgemeiner Deutscher Zigarrenarbeiter-Verein (Dezember 1865) und Deutscher Buchdruckerverband (Mai 1866) - fast bruchlos an die 1848er Bestrebungen anknüpfen konnten.

Die nach der Reichsverfassungskampagne einsetzende Demokraten- und Kommunistenhetze erfaßte auch die Arbeiterbewegung. Im Frühjahr 1850 zerschlug eine koordinierte Polizeiaktion gegen die Arbeiterverbrüderung in fast allen deutschen Einzelstaaten die Arbeitervereine, mit Verzögerung 1851 in Hannover und 1852 in Württemberg. Neugründungen wurden verboten, die ehemaligen Mitglieder verfolgt, überwacht oder in die Emigration getrieben. In einigen Staaten konnten in unterschiedlicher Zahl einige Vereine - meist in entpolitisierte Form - überleben. Trotzdem konstituierte sich 1861/62 in einem liberaleren politischen Klima erneut eine Arbeitervereinsbewegung, nachdrücklich unterstützt von Teilen des linksliberalen Bürgertums; 1863 gelang sogar die Gründung eines föderalistischen Dachverbandes, des VDAV. Bei dieser Wiederbelebung wirkten nicht nur viele 1848er Demokraten und Arbeiterfunktionäre mit, auch in den organisatorischen und ideologischen Grundlagen knüpfte man an die Revolutionszeit an: Die Arbeiter organisierten sich erneut in Vereinen, der Gedanke der Selbsthilfe und der staatsbürgerliche Bildungsgedanke standen im Mittelpunkt; nach wie vor besaß der Assoziationssozialismus seine starke Anziehungskraft, wobei in den 1860er Jahren die sozial-liberale Variante in Gestalt der mittelständischen Genossenschaftspropaganda eines Hermann Schulze-Delitzsch vorübergehend eine hohe Anziehungskraft auf die handwerklich geprägten Arbeiter ausübte. Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften faszinierten jedoch nicht nur die Mitglieder der neuen Arbeiter-(Bildungs-)Vereine; Ferdinand Lassalle, der Begründer des ADAV, wies der Produktivgenossenschaft die zentrale Funktion in der Transformation der herrschenden ökonomischen Ordnung zu, wobei er ihre Durchsetzung recht unglücklich mit der urdemokratischen Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht koppelte, da er mit seiner Hilfe den Staat zur Gewährung von Krediten zwingen wollte.

Auswirkungen der 1848er Revolution

Wirkungsgeschichtlich war die 1848er Revolution für die deutsche Arbeiterbewegung von grundlegender Bedeutung: Erstmals hatte sich eine eigenständige

Organisation mit nationaler Leitung, wenn auch in engem Bündnis mit der bürgerlichen Linken, entwickeln können; Leitideen der sozialen Demokratie wurden formuliert und teilweise auch praktiziert. Den Assoziationssozialismus bzw. den Genossenschaftsgedanken griff 1863 der Lassallesche Vorschlag auf, mittels staatlich finanzierter Produktivassoziationen die Lohnarbeit prinzipiell aufzuheben und den Arbeitern ihren vollen Arbeitsertrag zu übereignen. Die sozialistische Arbeiterbewegung fühlte sich nach dem Versagen bzw. dem als „Verrat“ empfundenen Verhalten des Bürgertums in der 1848er Revolution als Erbin der „alten“ Demokratie, was sich in der bereits 1848 benutzten Kollektivbezeichnung „Social-Demokratie“ angedeutet hatte. Der Verlauf der europäischen Umsturzbewegungen des Jahres 1848 schien die These, Revolutionen seien Ausdruck eines Klassenkampfes, zu bestätigen. Die regelmäßige publizistische bzw. festliche Erinnerung an die Revolutionszeit besaß eine wichtige ideologische Funktion: In den 1860/70er Jahren bezogen sich viele Traditionsredner auf diese Zeit, um daraus historische „Lehren“ zu ziehen: Demokratie (bürgerliche Gleichheit) sei ohne Herstellung (radikaler) sozialer Gerechtigkeit (Chancengleichheit) nicht vorstellbar. Dazu sei aber die Überwindung der Klassengesellschaft, d.h. der Lohnarbeit, unabdingbar, wobei dies nicht mehr innerhalb des herrschenden Systems, z.B. durch genossenschaftlich begründete Selbsthilfeeinrichtungen (Produktionsgenossenschaften), sondern, vom Bürgertum organisatorisch unabhängig, über die Erringung der Staatsmacht und die darauf folgende Umwälzung der Besitz- und Produktionsverhältnisse geschehen könne. Zweitens diente die Erinnerung an die Märztage als wichtiger Fixpunkt im Traditionsverständnis der „Social-Demokratie“: Im März 1848 habe das Proletariat für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer geholt, um anschließend von diesem verraten zu werden. Die eigenen Anfänge und der Beginn der Trennung der Arbeiterbewegung vom Bürgertum wurden auf dieses Jahr datiert, die Märzgefallenen für die eigene Traditionslinie reklamiert. Die bürgerliche Demokratie hatte ausgedient, ihr folgte nun die Sozial-Demokratie.